

Hauptsatzung der Gemeinde Risum-Lindholm (Kreis Nordfriesland)

Aufgrund des § 4 der Gemeindeordnung für Schleswig-Holstein wird nach Beschluss der Gemeindevertretung vom 19.03.2013 und mit Genehmigung des Landrates des Kreises Nordfriesland folgende Hauptsatzung für die Gemeinde Risum-Lindholm erlassen:

§ 1

Wappen, Flagge, Siegel

- (1) Das Wappen der Gemeinde Risum-Lindholm zeigt in einem blauen Schildhaupt vier versetzt angeordnete silberne Lindenblätter, darunter ein wachsender roter Friesengiebel, belegt mit drei übereinander angeordneten silbernen Fenstern, sowie ein das Schildhaupt anstoßendes goldenes Dach.
- (2) Die Gemeindeflagge zeigt unter einem breiten blauen Streifen, belegt mit vier weißen Lindenblättern, den gelb-roten Friesengiebel über die gesamte Breite des Flaggentuchs in flaggengerechter Tinktur.
- (3) Das Dienstsiegel zeigt das Gemeindewappen mit der Umschrift „Gemeinde Risum-Lindholm“.
- (4) Die Verwendung des Gemeindewappens durch Dritte bedarf der Genehmigung der Bürgermeisterin oder des Bürgermeisters.

§ 2

Bürgermeisterin oder Bürgermeister

- (1) Der Bürgermeisterin oder dem Bürgermeister obliegen die ihr oder ihm gesetzlich übertragenen Aufgaben.
- (2) Sie oder er entscheidet ferner über
 1. Stundungen bis zu einem Betrag von 5.000,00 Euro.
 2. Verzicht auf Ansprüche der Gemeinde und Niederschlagung solcher Ansprüche, Führung von Rechtsstreiten und Abschluss von Vergleichen, soweit ein Betrag von 1.000,00 Euro nicht überschritten wird.
 3. Übernahme von Bürgschaften, Abschluss von Gewährverträgen und Bestellung anderer Sicherheiten für Dritte sowie Rechtsgeschäfte, die dem wirtschaftlich gleichkommen, soweit ein Betrag von 1.000,00 Euro nicht überschritten wird.
 4. Erwerb von Vermögensgegenständen, soweit der Wert des Vermögensgegenstandes einen Betrag von 5.000,00 Euro nicht übersteigt.
 5. Abschluss von Leasing-Verträgen, soweit der monatliche Mietzins 500,00 Euro (die Gesamtbelastung 15.000,00 Euro) nicht übersteigt.
 6. Veräußerung und Belastung von Gemeindevermögen, soweit der Wert des Vermögensgegenstandes oder die Belastung einen Wert von 5.000,00 Euro nicht übersteigt,

7. Annahme von Schenkungen, Spenden und Erbschaften bis zu einem Wert von 10.000,00 Euro,
8. Anmietung und Anpachtung von Gebäuden und Grundstücken, soweit der monatliche Miet- bzw. Pachtzins 400,00 Euro nicht übersteigt,
9. Vergabe von Aufträgen bis zu einem Wert von 5.000,00 Euro und
10. Vergabe von Architekten- und Ingenieurleistungen bis zu einem Wert von 5.000,00 Euro.
11. Die Erteilung des gemeindlichen Einvernehmens nach § 36 des Baugesetzbuches, sofern die Verwirklichung des betreffenden Vorhabens nicht die Grundzüge der Planung berührt oder von besonderer städtebaulicher Bedeutung ist,
12. die Ausübung von Mitwirkungs- und Beteiligungsrechten der Gemeinde nach naturschutzrechtlichen Vorschriften,
13. die Ausübung der der Gemeinde nach der Landesbauordnung obliegenden Einvernehmenserklärungen und sonstigen Mitwirkungs- und Beteiligungsrechte,
14. die Ausübung des gemeindlichen Vorkaufsrechtes nach dem Baugesetzbuch, soweit der im Grundstückskaufvertrag vereinbarte Wert 20.000,00 Euro nicht überschreitet.

§ 3

Gleichstellungsbeauftragte

Die Gleichstellungsbeauftragte des Amtes Südtondern kann an den Sitzungen der Gemeindevertretungen und der Ausschüsse teilnehmen. Dies gilt auch für nichtöffentliche Sitzungen. Zeit, Ort und Tagesordnung der Sitzung sind ihr rechtzeitig bekannt zu geben. In Angelegenheiten ihres Aufgabenbereiches ist ihr auf Wunsch das Wort zu erteilen.

§ 4

Ständige Ausschüsse

(1) Die folgenden ständigen Ausschüsse nach § 45 Abs. 1 GO werden gebildet:

- a) **Finanzausschuss**
Zusammensetzung:
7 Mitglieder

Aufgabengebiet:
Finanzwesen, Grundstücksangelegenheiten, Steuern, Prüfung des Jahresabschlusses

Dem Finanzausschuss wird die Entscheidungsbefugnis übertragen, im Rahmen seines Aufgabengebietes und der verfügbaren Haushaltsmittel bis zum Betrage von 10.000,00 Euro im Einzelfall zu verfügen (Gewährung von Zuschüssen und die Vergabe von Aufträgen), so weit nicht die Entscheidungsbefugnis der Bürgermeisterin oder dem Bürgermeister übertragen worden ist (§2).

Der Finanzausschuss ist außerdem für die Festsetzung von Mieten und Pachten, unabhängig von der Höhe der festzusetzenden Miete bzw. Pacht, zuständig.

b) **Schul- und Sportausschuss**

Zusammensetzung:

7 Mitglieder

Aufgabengebiet:

Schulwesen, Sportwesen, Büchereiwesen

c) **Bau-, Wege- und Umweltausschuss**

Zusammensetzung:

7 Mitglieder

Aufgabengebiet:

Bau- und Wegewesen, Umweltwesen, Feuerwehrangelegenheiten, Landschaftspflege

Dem Bau-, Wege- und Umweltausschuss wird die Entscheidungsbefugnis übertragen, im Rahmen seines Aufgabengebietes und der verfügbaren Haushaltsmittel bis zum Betrage von 10.000,00 Euro im Einzelfall zu verfügen (Auftragsvergaben für laufende Unterhaltungsmaßnahmen bei gemeindeeigenen Gebäuden und Anlagen), soweit nicht die Entscheidungsbefugnis der Bürgermeisterin oder dem Bürgermeister übertragen worden ist (§2).

c) **Kultur- und Sozialausschuss**

Zusammensetzung:

7 Mitglieder

Aufgabengebiet:

Kultur- und Gemeinshaftswesen, Sozialwesen, Kindergartenangelegenheiten

Im Rahmen der jeweiligen Haushaltsansätze ist der Kultur- und Sozialausschuss für die Verteilung der Mittel aus der Weihnachtshilfe zuständig.

- (2) In die Ausschüsse zu b bis d können Bürgerinnen und Bürger gewählt werden, die der Gemeindevertretung angehören können; ihre Zahl darf die der Gemeindevertreter/Innen im Ausschuss nicht erreichen.
- (3) Neben den in Absatz 1 genannten ständigen Ausschüssen der Gemeindevertretung werden die nach besonderen gesetzlichen Vorschriften zu bildenden Ausschüsse bestellt.
- (4) Den Ausschüssen wird die Entscheidung über die Befangenheit ihrer Mitglieder und der nach § 46 Abs. 8 GO an den Ausschusssitzungen teilnehmenden Personen übertragen.

§ 5

Aufgaben der Gemeindevertretung

Die Gemeindevertretung trifft die ihr nach §§ 27 und 28 GO zugewiesenen Entscheidungen, soweit sie nicht auf die Bürgermeisterin/ den Bürgermeister oder auf ständige Ausschüsse übertragen hat.

§ 6

Einwohnerversammlung

- (1) „Die Bürgermeisterin bzw. der Bürgermeister kann Versammlungen der Einwohnerinnen und Einwohner einberufen. Das Recht der Gemeindevertretung, die Einberufung einer Einwohnerversammlung zu verlangen, bleibt unberührt.“
- (2) Für die Einwohnerversammlung ist von der oder dem Vorsitzenden der Gemeindevertretung eine Tagesordnung aufzustellen. Die Tagesordnung kann aus der Einwohnerversammlung ergänzt werden, wenn mindestens 51 v. H. der anwesenden Einwohner/innen einverstanden sind. Zeit, Ort und Tagesordnung der Einwohnerversammlung sind öffentlich bekannt zu geben.
- (3) Die oder der Vorsitzende der Gemeindevertretung leitet die Einwohnerversammlung. Sie oder er kann die Redezeit bis zu 5 Minuten je Redner/in beschränken, falls dies zur ordnungsmäßigen Durchführung der Einwohnerversammlung erforderlich ist. Sie oder er übt das Hausrecht aus.
- (4) Die oder der Vorsitzende der Gemeindevertretung berichtet der Einwohnerversammlung über wichtige Angelegenheiten der Gemeinde und stellt diese zur Erörterung. Einwohner/innen ist hierzu auf Wunsch das Wort zu erteilen. Über Anregungen und Vorschläge aus der Einwohnerversammlung ist offen abzustimmen. Vor der Abstimmung sind die Anregungen und Vorschläge schriftlich festzulegen. Sie gelten als angenommen, wenn für sie die Stimmen von mindestens 51 v. H. der anwesenden Einwohner/innen abgegeben werden. Eine Abstimmung über Anregungen und Vorschläge, die nicht Gemeindeangelegenheiten betreffen, ist nicht zulässig.
- (5) Über jede Einwohnerversammlung ist eine Niederschrift aufzunehmen. Die Niederschrift soll mindestens enthalten:
 1. Die Zeit und den Ort der Einwohnerversammlung,
 2. die Zahl der teilnehmenden Einwohner/innen,
 3. die Angelegenheiten, die Gegenstand der Einwohnerversammlung waren,
 4. den Inhalt der Anregungen und Vorschläge, über die abgestimmt wurde und das Ergebnis der Abstimmung.

Die Niederschrift wird von der oder dem Vorsitzenden der Gemeindevertretung und der Protokollführerin oder dem Protokollführer unterzeichnet.

- (6) Anregungen und Vorschläge der Einwohnerversammlung, die in der Gemeindevertretung behandelt werden müssen, sollen dieser zur nächsten Sitzung zur Beratung vorgelegt werden.

§ 7 **Verträge mit Gemeindevertretern/innen**

Verträge der Gemeinde mit Gemeindevertretern/innen, der Bürgermeisterin oder dem Bürgermeister und juristischen Personen, an denen Gemeindevertreter/innen oder die Bürgermeisterin oder der Bürgermeister beteiligt sind, sind ohne Genehmigung der Gemeindevertretung rechtsverbindlich, wenn sie sich innerhalb einer Wertgrenze von 2.500,00 Euro, bei wiederkehrenden Leistungen von monatlich 250,00 Euro, halten.

Ist dem Abschluss eines Vertrages eine Ausschreibung vorangegangen und der Zuschlag nach Maßgabe der Verdingungsordnung für Leistungen oder der Verdingungsordnung für Bauleistungen oder der Verdingungsordnung für freiberufliche Leistungen erteilt worden, so ist der Vertrag ohne Genehmigung der Gemeindevertretung rechtsverbindlich, wenn er sich innerhalb einer Wertgrenze von 2.500,00 Euro, bei wiederkehrenden Leistungen von monatlich 250,00 Euro, hält.

§ 8 **Verpflichtungserklärungen**

Verpflichtungserklärungen zu Geschäften, deren Wert 2.500,00 Euro, bei wiederkehrenden Leistungen monatlich 250,00 Euro, nicht übersteigt, sind rechtsverbindlich, auch wenn sie nicht den Formvorschriften des § 51 Absatz 2 und 3 GO entsprechen.

§ 9 **Veröffentlichungen**

(1) Satzungen der Gemeinde werden durch Aushang an den Bekanntmachungstafeln, die sich

- a) im Ortsteil Maasbüll bei der Bushaltestelle (Kreuzungsbereich Dorfstraße/Kreisstraße 100),
- b) im Ortsteil Risum beim „Kaufmann Paulsen“ (Dorfstraße 104),
- c) im Ortsteil Lindholm bei der VR Bank (Dorfstraße 183),
- d) im Ortsteil Lindholm bei Harry Gröning (Dorfstraße 237),
- e) im Ortsteil Klockries bei der ehemaligen Gastwirtschaft Heinrich Schmidt (Klockries 34),
- f) am Betriebsgebäude der Fa. Heinrich Jappsen (Dorfstraße 311) und
- g) am Bürgerbüro (Dorfstraße 260)

befinden, entsprechend den landesrechtlichen Bekanntmachungsbestimmungen bekannt gemacht. Die Bekanntmachung ist mit Ablauf des letzten Tages der Aushangfrist bewirkt.

(2) Auf die gesetzlich vorgeschriebene Auslegung von Plänen und Verzeichnissen ist in der Form des Absatzes 1 hinzuweisen. Die Auslegungsfrist beträgt einen Monat, soweit gesetzlich nicht etwas anderes bestimmt ist.

Beginn und Ende der Auslegung sind auf dem ausgelegten Exemplar mit Unterschrift und Dienstsiegel zu vermerken.

- (3) Andere gesetzlich vorgeschriebene öffentliche Bekanntmachungen erfolgen ebenfalls in der Form des Absatzes 1, soweit nicht etwas anderes bestimmt ist.

§ 10 Inkrafttreten

Die Hauptsatzung tritt zum 01.06.2013 in Kraft. Gleichzeitig tritt die Hauptsatzung vom 01.04.2003, zuletzt geändert durch Satzung vom 01.10.2009 außer Kraft.

Die Genehmigung nach § 4 Absatz 1 der Gemeindeordnung wurde durch Verfügung des Landrates des Kreises Nordfriesland vom 03.04.2013 erteilt.

Die vorstehende Satzung wird hiermit ausgefertigt und ist bekannt zu machen.

Risum-Lindholm, den 15.04.2013

Siegel

gez. Hauke Christiansen

Gemeinde Risum-Lindholm
Der Bürgermeister